

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet direkt unter: [www.linksworte-mittelsachsen.de](http://www.linksworte-mittelsachsen.de)  
oder über die Seite des Kreisverbandes: [www.dielinke-mittelsachsen.de](http://www.dielinke-mittelsachsen.de)

# Mittelsächsische LinksWorte

22. JANUAR 2020

Nr. 149

14. JAHRGANG



Am Sonntag, dem 12. Januar 2020, gedachten an der Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde wieder Zehntausende der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vor 101 Jahren. Zum stillen Gedenken kamen unter anderem die Bundesvorsitzenden Bernd Riexinger und Katja Kipping und die Fraktionsvorsitzenden Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch. (auf unserem Bild von links). Anschließend fand der Jahresauftakt der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag statt. Auch dort ging es u.a. darum, dass die Themen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht heute aktueller denn je sind.

So soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte, das Eintreten gegen Rassismus und aktive Friedenspolitik.

## DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

**1.** ANALYSIERT:

**DAS KONZEPT DER LINKEN FÜR EINEN  
DEMOKRATISCHEN SOZIALSTAAT**

**2.** INFORMIERT:

**DIE DEZEMBER-SITZUNG DES  
MITTELSÄCHSISCHEN KREISTAGES**

**3.** BEANTWORTET:

**WIE SOLL DIE WIRKSAMKEIT DER  
LINKEN ERHÖHT WERDEN**

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & landtagsbesuch in wort und bild
4/5	<b>titelthema 1: das konzept eines demokratischen sozialstaates</b>
6	<b>titelthema 2: zum dezember-kreistag</b>
7	debatte: digitaler wandel und struktur-debatte
8	<b>titelthema 3: wahlkreisarbeit</b>
9	reisebericht russland
10	<b>unsere serie zur politischen bildung:</b> beitrag -53-: „große transformation“ im 21. Jahrhundert
11	kreisvorstand & jahrestage & glückwünsche
12	termine & querbeet

Die nächste gedruckte Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am **Mittwoch, dem 19. Februar 2020. Redaktionsschluss** ist am **Mittwoch, dem 12. Februar**. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

**Spendenempfehlung:** 12,00 Euro als Jahresbeitrag.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

**DIE LINKE. Mittelsachsen**

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

**Impressum**

Herausgeber:

**DIE LINKE.**

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN

Redaktion „LinksWorte“

09599 Freiberg, Lange Straße 34

Telefon: 0 37 31 - 2 22 56

Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

e-mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion:

Eyk Fechner, Ruth Fritzsche,

Achim Grunke, Gottfried Jubelt, Kati Voigt,

Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz:

**A • Bi • Te**

Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske

Birkenstraße 23 b

09557 Flöha/OT Falkenau

Druck:

Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG

Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

**Internet:** Die „LinksWorte“ findet man direkt oder über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Archiv mit allen seit September 2007 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

die Welt ist in das neue Jahr gestartet. Es begann, wieder einmal ausgelöst durch den US-Präsidenten Trump, mit dem großen Säbelrasseln im Nahen Osten. Am 3. Januar wurde der iranische General Qasem Soleimani auf Befehl des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump unter Einsatz einer Drohne vom US-amerikanischen Militär im Irak getötet. Seither eskaliert der Konflikt zwischen den USA und Iran. Dass in diesen Konflikt auch der „unbeabsichtigte“ Abschuss eines zivilen Flugzeuges in der Nähe von Teheran erfolgte, zeigt nachdrücklich, wie fragil gegenwärtig der Frieden ist. Der Parteivorstand der LINKEN hat am 11. Januar einen Beschluss unter der Überschrift „Kein Krieg gegen den Iran – Bundeswehr abziehen – Ramstein schließen“ gefasst.

Der Parteivorstand der LINKEN und ihre Bundestagsfraktion sind mit „vollen Segeln“ in das Jahr 2020 gestartet. Der Parteivorstand hat bei seinem politischen Jahresauftakt am 11. Januar ein „LINKEs Konzept für einen demokratischen Sozialstaat der Zukunft“ beschlossen. Wir veröffentlichen es in Auszügen. Die Bundestagsfraktion traf sich am 9. und 10. Januar zu einer Klausurtagung. Am 12. Januar kamen wiederum Zehntausende zum Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in die Gedenkstätte der Sozialisten im Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde. Am Nachmittag des gleichen Tages fand der Jahresauftakt der Fraktion DIE LINKE im Bundestag statt. Wir berichten - vor allem in unserem Titelthema -1- auf den Seiten -4- und -5- ausführlich in Wort und Bild.

Für DIE LINKE in Sachsen wird der „scharfe Start“ in das neue Jahr mit einer Landesvorstandssitzung am 17. Januar, einer Regionalkonferenz zur Vorbereitung der Strategiekonferenz der LINKEN am 18. Januar in Leipzig und einer Klausur des Landesvorstandes am 31. Januar und 1. Februar vollzogen. Alle diese Veranstaltungen finden nach Redaktionsschluss statt. Wir werden in unserer Februar-Ausgabe berichten. Der Jahresauftakt der LINKEN in unserem mittelsächsischen Kreisverband erfolgte durch eine Sitzung des Kreisvorstandes am 8. Januar im Bürgerbüro Mittweida. Wir informieren auf Seite -11-. In diesem Zusammenhang berichten wir auch über die Formierung des „Teams Tändler-Walenta“, mit welchem unsere Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Marika Tändler-Walenta die Arbeit in Mittelsachsen organisieren wird.

Im Titelthema -2- schreibt der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag und Redaktionsmitglied der „LinksWorte“, Gottfried Jubelt, über die Kreistagssitzung vom Dezember des vergangenen Jahres. Im Dezember fand auch eine Konferenz der LINKEN zu „Digitalisierung und sozialer Gerechtigkeit“ statt. Wir berichten auf Seite -- darüber.

Wir haben uns im Redaktionskollektiv verständigt, die Serie zur politischen Bildung und Information auch im Jahr 2020 fortzusetzen. In unserer heutigen Ausgabe schließt Achim Grunke die im September und Oktober begonnene Trilogie zu Aspekten der Transformation der Gesellschaft ab.

Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir - wie allmonatlich - eine interessante und anregende Lektüre.

„eine furiose Veranstaltung zum jahresauftakt der linken 2020“

von RUTH FRITZSCHE

Auch in diesem Jahr nahmen wir, Genosse Hans Weiske und ich, im Anschluss an das Stille Gedenken an den Grübern von Rosa Luxemburg und Karl und der vielen anderen teuren Toten an der Jahresauftaktveranstaltung der Bundestagsfraktion der LINKEN im Kino Kosmos in Berlin teil. An der Gedenkstätte hat mich besonders gefreut, dass die beiden Partei- und die beiden Fraktionsvorsitzenden gemeinsam zur Gedenkstätte schritten. Der emotional berührende Jahresauftakt der Bundestagsfraktion stand unter dem Motto:

**Für einen starken Sozialstaat und konsequente Abrüstung**

Für mich begann die Veranstaltung furios. Eingebettet in die Plenarberatungen des Deutschen Bundestages brachte eine Vielzahl unserer Abgeordneten mit heftigen Dialogen ihre Meinung gegenüber der Bundesregierung und dazu ihre persönlichen Positionen aus ihren speziellen Kenntnissen zum Ausdruck. Damit war auch für mich schon eine gute Stimmung unter den Teilnehmern im voll gefüllten Saal vorprogrammiert. Sie setzte sich in den Ansprachen der Fraktionsspitzen und Gesprächen mit den bekannten Persönlichkeiten, wie Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, Sahra Wagenknecht, Petra Pau, Diether Dehm und anderen fort. Es war gar nicht anders zu erwarten: Im Mittelpunkt standen die soziale Frage, die jetzige Kriegsgefahr im Hinblick auf den Iran, Abrüstung und auch der vor 75 Jahren beendete Hitlerfaschismus und seine jetzigen Nachwirkungen. So verwies Jan Korte, der parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion im Hinblick auch auf die Grünen darauf hin, „wer das Klima retten will, muss sich mit den Konzernen anlegen“. Im Hinblick auf die Forderungen der „Hohenzollern“, die alles zurück haben wollen, sagte er, dass die Enteignungen des Adels in der DDR politisch und moralisch richtig waren. DIE LINKE werde sich weiterhin dafür einsetzen. Er sagte auch, dass die Verleugnung der DDR und des MfS im Hinblick auf Faschismus endlich ein Ende haben muss. Dieser Beginn sprach mir völlig aus dem Herzen und setzte sich in den weiteren Gesprächen fort. Während SPD und Grüne nicht an das System herangehen, kämpft die LINKE gegen Privatisierung, gegen alles Unrecht, gegen unnütze Rüstung und kämpft vor allem um den Politik- nicht nur Regierungswechsel. Sehr bewegend war für mich der Auftritt von Petra Pau, die das heutige Auftreten der Rechten zum Anlass nahm, den Schwur von Buchenwald noch einmal ins Gedächtnis zurückzurufen zu lassen, der leider immer noch nicht verwirklicht wurde. Er richtet sich gegen Faschismus und Krieg, beides ist aber immer noch vorhanden. Zu diesen Themen passte es, dass unsere beiden Fraktionsvorsitzenden, Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch, besonders auf die nötige Geschlossenheit in unserer Partei gegen kleinliches Gezänk hinwiesen. Sie vergaßen aber auch nicht, den Dank für all das bisher Geleistete auszusprechen. Es war sehr schön, dass die Gruppe „Karussell“ aus Leipzig für eine angemessene musikalische Unterstützung sorgte und die Veranstaltung mit dem gemeinsamen Gesang des Liedes der italienischen Partisanen „Bella Ciao“ ausklang.



auf seite - drei -  
- immer konsequent links -

unser monatlicher  
aktueller meinungsbeitrag

Das vergangene Jahr bescherte der LINKEN ein Wechselbad der Gefühle. Ich möchte das an dieser Stelle nur an den Wahlergebnissen festmachen. Im Juni bei der Wahl zur Bremer Bürgerschaft im Westen erstmals zweistellig, Anfang September bei den Landtagswahlen in Brandenburg (wo wir in der Regierung waren) und bei uns in Sachsen dramatische Einbrüche bis nahe an die 10-Prozent-Grenze und schließlich Ende Oktober der Triumph in Thüringen mit 31 Prozent der Wählerstimmen für DIE LINKE. Leider mit einem faden Beigeschmack, da die bisherige Koalition mit SPD und Grünen ihre bisherige hauchdünne Mehrheit von einer Stimme im Parlament verloren hat und künftig nur noch über 42 der 90 Sitze im Landtag verfügt. Die CDU, die seit 1990 in Thüringen immer die stärkste Fraktion gestellt hat, hat 13 Sitze verloren und ist nur noch drittstärkste Kraft im Landtag. Die AfD hingegen hat die Anzahl ihrer Sitze verdoppelt und ist an der CDU vorbeigezogen. Die aus all dem resultierende Sitzverteilung führten unter Berücksichtigung der vor den Wahlen getroffenen Aussagen der CDU, weder mit der LINKEN, noch mit der AfD zusammenarbeiten zu wollen, schnell zum Urteil „Thüringen ist unregierbar geworden!“ Inzwischen sind fast drei Monate ins Land gegangen und aus der „Unregierbarkeit“ ist ein „Krisenmodus“ geworden. Auffällig vor allem der Schlingerkurs des CDU-Landesvorsitzenden Mike Mohring, immer wieder hin und her gerissen zwischen der Disziplinierung durch die Bundes-CDU und seiner „Verantwortung für Thüringen“. Sogar von einer Minderheitsregierung von CDU und FDP war die Rede, der AfD-Rechtsaußen und Thüringer Landeschef Björn Höcke eifertig die Unterstützung zusagte. Im Dezember fasste der Landespartei tag der Thüringer LINKEN den einstimmigen (!) Beschluss: „DIE LINKE. Thüringen unterstützt den Landesvorstand sowie die Landtagsfraktion der Thüringer LINKEN darin, mit SPD und Bündnis90/Die Grünen die Bildung einer Minderheitsregierung auf einer entsprechenden vertraglichen Grundlage zu verhandeln und die Wahl von Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten Thüringens in kurzer Zeit zu ermöglichen. In Gesprächen mit CDU und FDP sollen weiterhin Vereinbarungen für künftige Kooperation und projektbezogene Übereinkünfte gefunden werden.“ Intensiv haben LINKE, SPD und Grüne in den vergangenen Tagen an einem „Zukunftsvertrag“, d.h. einem rot-rot-grünen Minderheitsprogramm gearbeitet. Dessen Schwerpunkte können aber nur dann Realität werden, wenn CDU und FDP zustimmen. Vor wenigen Tagen sind zwischenzeitliche Überlegungen zu einer „CDU-LINKE-Projektregierung“ trotz eines gemeinsamen Abendessens von Ramelow, Mohring und Altbundespräsident Gauck am 12. Januar zu diesem Thema endgültig gescheitert. Die erste offizielle Zusammenkunft von Rot-Rot-Grün mit Vertretern von CDU und FDP am 13. Januar blieb ohne Ergebnis. Es bleibt somit weiter unklar, wie im Landtag künftig Mehrheiten erreicht werden sollen. Mohring erklärte offen, dass man das „ideologische Projekt Rot-Rot-Grün nicht verlängern wolle“. Die Bildung einer Minderheitsregierung unter dem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow mit fallweiser Unterstützung von CDU und FDP bleibt also weiterhin der berühmte Tanz auf dem Drahtseil. Erst die Zukunft wird zeigen, ob so etwas überhaupt funktionieren kann. (hw)

mittelsächsische delegation im landtag

Es ist eine gute Tradition. Seit vielen Jahren werden aktive Mitstreiter aus dem mittelsächsischen Kreisverband von unseren Landtagsabgeordneten zu einem Besuch des Landtages eingeladen. So war es schon bei Jana Pinka und Falk Neubert. Und Marika Tändler-Walenta setzt diese Tradition fort. Der Besuch begann mit einer eindrucksvollen Führung

konferenzen und dem Plenarsaal. Danach wechselten wir in den Altbau in den Bereich der Abgeordnetenbüros der Fraktion der LINKEN, die leider fast die Hälfte ihrer Abgeordnetenmandate verloren hat. Im Beratungsraum der Fraktion informierte Marika uns über den Beginn ihrer Abgeordnetenarbeit im Landtag und ihre Vorstellungen für die Arbeit im Landkreis Mittelsachsen. Abschließend ging



Führung durch das Bürgerfoyer (linkes Bild) und „Probesitzen“ im Plenarsaal. Während **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** ihren Stammplatz belegte, testeten **ALBRECHT TOLKE, EYK FECHNER, ANGELIKA SCHUBERT UND KATI VOIGT** die Sitze.

einer jungen Frau vom Besucherdienst des Landtages durch den von 1991 bis 1994 errichteten Neubau mit Bürger- und Abgeordnetenfoyer, dem Raum der Presse-

es zum Abendessen in das der Öffentlichkeit zugängliche Landtags-Restaurant „Chiaveri“ (benannt nach Gaetano Chiaveri, dem Schöpfer u.a. der Dresdner Hofkirche).



Modell des Sächsischen Landtages im Bürgerfoyer. Er besteht aus dem Altbau und dem Neubau (1991 - 1994) mit Bürger- und Abgeordnetenfoyer sowie Plenarsaal im Stil der klassischen Moderne. Der Altbau (1928 - 1931 wurde im Stil der Neuen Sachlichkeit für das Sächsische Landesfinanzamt und die Zollverwaltung erbaut. In der DDR war das Gebäude Sitz der Bezirksleitung der SED. Heute beherbergt es vor allem die Abgeordnetenbüros.



Von der Terrasse des Restaurants „Chiaveri“ im Gebäude des Landtages bietet sich ein einzigartiger Blick auf die Silhouette des Herzens von Dresden mit der Semper-Oper, dem Hausmannsturm des Residenzschlosses, den Türmen der Hof- und Frauenkirche, des Ständehauses und der Kunstakademie an der Brühlschen Terrasse.

DIE LINKE ist am 2. Januar-Wochenende mit voller Kraft in das neue Jahr gestartet. Alljährlich im Zusammenhang mit dem Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Wir berichten vom politischen Jahresauftakt der Partei am 11. Januar, auf dem ein „linkes Konzept für den Sozialstaat der Zukunft“ beschlossen wurde (im Internet abrufbar), von der zweitägigen Klausurtagung der LINKE-Bundestagsfraktion am 9. und 10. Januar in Rheinsberg mit dem Schwerpunkt der Diskussion um einen Aktionsplan Klimagerechtigkeit“ sowie vom Jahresauftakt der LINKS-Fraktion im Bundestag. Dabei stützen wir uns vor allem auf Veröffentlichungen im „neuen deutschland“. Was die Auftaktveranstaltung der Bundestagsfraktion betrifft, verweisen wir auch auf den auf Seite -2- abgedruckten Standpunkt von Ruth Fritzsche.

## das linke konzept für einen demokratischen sozialstaat der zukunft (auszüge)

Wie zukünftig arbeiten? Leben? Abgesichert sein? Das alles sind Fragen, für die Sozialpolitik Weichen stellen kann. Die LINKE versucht sich nun in ihrem neuen Sozialstaatskonzept an Antworten darauf. »Lange Zeit hatten wir als LINKE das Image, wir wollten nur den Zustand vor der Agenda 2010 wiederherstellen. Auch wenn wir leidenschaftlich gegen Hartz IV kämpfen, geht es uns um mehr als ein Zurück, es geht um einen Bruch nach vorn, kurz um einen demokratischen Sozialstaat der Zukunft«, sagte Katja Kipping »neues deutschland«.

**Vor diesem Hintergrund basiert der Vorschlag für einen LINKEN Sozialstaat der Zukunft auf drei Säulen, die untrennbar zusammengehören:**

- Soziale Garantien und soziale Sicherung für die Einzelnen: solidarische Umlagesysteme, die den Lebensstandard sichern und einen verlässlichen Schutz vor Armut bieten,
- Soziale Dienstleistungen und Infrastrukturen, die öffentlich und gemeinwohlorientiert organisiert sind und damit Zugang für alle ermöglichen: eine universelle Grundversorgung,
- Ein „neues Normalarbeitsverhältnis“ für gute Arbeit, die sicher ist und zum Leben passt.

**Wir zitieren im folgenden die Ausführungen zur ersten Säule:**

**Die erste Säule** des LINKEN Sozialstaates der Zukunft sind die **umlagefinanzierten Sozialversicherungen** – also die gesetzliche Renten-, Gesundheits-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung. Nach Jahren der Entsicherung vor allem im Gefolge der Agenda 2010 wollen wir den Sozialstaat in seinem Kernbereich – den Sozialversicherungen – wieder robust und glaubwürdig machen. Dazu gehen wir folgende Punkte an:

- Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard im Alter wieder sichern und wirksam vor Armut schützen. Das Rentenniveau wird auf 53 Prozent angehoben. Das bedeutet: Fast 150 Euro brutto mehr im Monat für einen sogenannten »Standardrentner«.
- Wir wollen in der nächsten Wahlperiode eine Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro netto im Monat – darunter droht Armut. Die Solidarische Mindestrente wird bei Bedarf gezahlt.
- Wir wollen einen Solidarausgleich für niedrige Löhne bei der Berechnung der Rentenansprüche: Erwerbszeiten mit niedrigen Löhnen werden in der Rente aufgewertet. Davon profitieren vor allem Frauen und Menschen in Ostdeutschland.
- Wir wollen die Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung machen. In sie zahlen alle Erwerbstätigen ein – also auch Beamte, Freiberufler\*innen, Selbstständige, Manager\*innen und Politiker\*innen. Die Beitragsbemessungsgrenze wird vereinheitlicht und in mehreren Schritten an- und schließlich ganz aufgehoben. Wer ein Gehalt von 10.000 Euro und mehr im Monat hat, soll auch für 10.000 Euro und mehr Beiträge zahlen. Die Höhe der Rentenansprüche über dem Doppelten des Durchschnittes wird abgeflacht.
- Die Rente erst ab 67 schaffen wir ab. Jede und jeder muss wieder spätestens ab 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen dürfen. Wer 40 Jahre Beiträge gezahlt hat, soll bereits ab 60 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können. Wir stärken die Arbeitslosenversicherung mit dem Ziel, möglichst viele Menschen

gut gegen das Risiko der Erwerbslosigkeit abzusichern und den Lebensstandard annähernd zu sichern. Wir wollen, dass das Arbeitslosengeld I länger gezahlt wird und Ansprüche darauf schneller erworben werden.

- Qualifizierung und Weiterbildung werden nicht auf die Bezugsdauer angerechnet.
- Wir wollen Hartz IV überwinden durch gute Arbeit, ein Arbeitslosengeld Plus und eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung, die Armut tatsächlich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet.
- Das Arbeitslosengeld Plus wird im Anschluss an den Bezug von Arbeitslosengeld I gezahlt und orientiert sich am vorherigen Nettolohn. Erwerbslose, die mindestens 30 Jahre sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, erhalten einen unbefristeten Anspruch auf das ALG Plus. Es ist beitragsfinanziert und einen Anspruch darauf erwirbt, wer Beiträge zur Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat und ALG I berechtigt ist.
- Arbeitsangebote an Erwerbslose müssen deren Qualifikationen angemessen sein und den beruflichen Werdegang und ihre Weiterbildungsinteressen berücksichtigen. Wir wollen ein Recht auf Erwerbsarbeit. Dies impliziert auch das Recht, auch eine konkrete Arbeit abzulehnen: Niemand darf gezwungen werden, gegen seine oder ihre Überzeugung eine bestimmte Erwerbsarbeit anzunehmen.



- Wir kämpfen für eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie Mindestsicherung. In der kommenden Wahlperiode müsste diese 1.200 Euro betragen. Sie ist die Übersetzung der grundgesetzlich garantierten Würde eines jeden Menschen und als solche ein soziales Recht mit individuellem Anspruch. Es gilt deshalb das Individualprinzip unter Berücksichtigung der gesetzlichen Unterhaltspflichten.
- Die Hartz IV Regelsätze sind umgehend deutlich zu erhöhen. Würde die Bundesregierung nur auf die offensichtlichsten Tricks zum Kleinrechnen verzichten, läge der Regelsatz für eine\*n alleinlebende\*n Erwachsene\*n derzeit bei 590 Euro.
- Leistungen aus dem SGBII stehen allen dauerhaft hier Lebenden zu, das Asylbewerberleistungsgesetz mit seinen diskriminierenden Sonderbehandlungen wollen wir abschaffen.
- Wir wollen eine Kindergrundsicherung in Höhe von rund 600 Euro. In Bus und Bahn fahren Kinder und Jugendliche kostenfrei.
- Statt der Zwei-Klassen-Medizin wollen wir eine Solidarische Gesundheitsversicherung, in der alle, auch Selbstständige, Freiberufler\*innen und Beamte\*innen, einzahlen. In die Beitragsberechnung gehen alle Einkommensarten ein. Die bisherigen Beitragsbemessungsgrenzen werden schrittweise aufgehoben. Dadurch kommen mehr Beiträge in die Versicherung und die "starken Schultern" der Besserverdienenden sind solidarisch mit den Beitragszahler\*innen, die weniger verdienen. Die Beiträge für die Mehrheit der Versicherten sinken.
- Wir wollen eine Solidarische Pflegevollversicherung, in die alle einzahlen und die alle pflegebedingten Kosten abdeckt. Das bedeutet mehr Personal und Dienstleistungen in der Pflege, ohne dass Eigenanteile dafür gezahlt werden müssen. Dadurch entstehen zugleich neue und zukunftsträchtige Beschäftigungsmöglichkeiten. Denn in der Langfristpflege wird bis zum Jahr 2030 eine Personallücke in Höhe von ca. 400.000 Pflegekräften erwartet. Diese Arbeitsplätze werden sich nur dann besetzen lassen, wenn die Arbeitsbedingungen und Entlohnung den Anforderungen von guter Arbeit entsprechen.
- Wir wollen Familie und Beruf besser vereinbar machen und das Elterngeld weiterentwickeln. Zwölf Monate Elterngeldanspruch pro Elternteil (bzw. 24 Monate für Alleinerziehende), der individuell und nicht übertragbar ist. Es soll in Teilab-



mit dem konzept eines demokratischen sozialstaates

schnitten von mindestens zwei Monaten bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres des Kindes und gleichzeitig von beiden Elternteilen genommen werden können.

**Die zweite Säule** des LINKEN Sozialstaates der Zukunft sind die **sozialen Dienstleistungen und öffentlichen Infrastrukturen**. Soziale Dienstleistungen sind überwiegend personenbezogen und werden in zentralen Bereichen der Gesellschaft erbracht (z.B. im Gesundheits-, Pflege-, Sozial- oder Bildungswesen). Die materiellen Infrastrukturen einer Gesellschaft bestehen aus Straßen, Schienen und Brücken, aber auch aus Bibliotheken, Theatern und Schwimmbädern. Schließlich zählen auch die analogen und digitalen Kommunikationsnetze dazu.

**Unser Vorschlag zur Stärkung des Sozialen und zur sozialökologischen Transformation der Industriegesellschaft.**

- Bessere Bildung: Ausbau von gebührenfreien Kitas mit mehr Personal, das besser bezahlt wird. Marode Schulen sanieren und flächendeckende Ganztagsbetreuung. Mehr Studienplätze, bessere Ausstattung, Inklusion und Integration.
- Investitionen in Krankenhäuser, ambulante Versorgung im ländlichen Raum, nichtkommerzielle Pharmaforschung.
- Investitionen in Pflege-WGs und Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung.
- Neustart für den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau: Mindestens 250 000 Wohnungen werden pro Jahr gebaut bzw. angekauft.
- Wir finanzieren eine echte Energiewende, in der die fossilen, umweltschädlichen Energien durch regenerative ersetzt werden. Die großen Energiekonzerne wollen wir ablösen: saubere Energie in Bürgerhand.
- Den öffentlichen Nahverkehr ausbauen: Mehr Busse, Bahnen, bessere Taktung und kostenfrei für die Nutzer\*innen.
- Investitionen in die freiwilligen Leistungen der Kommunen (u.a. Freizeit, Kultur, Jugendclubs und Sportanlagen).
- Höhere Einkommen für die Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten in den Kommunen.
- Wir schaffen Zugang zu schnellem Internet überall.
- Wir investieren in Barrierefreiheit: im Verkehr, in öffentlichen Gebäuden und beim Wohnungsbau.
- Wir wollen eine an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientierte Aufstockung des Personals im Öffentlichen Dienst.

**Die dritte Säule** des LINKEN Sozialstaates ist eine **existenzsichernde** und gut entlohnte, menschengerecht gestaltete, sozial abgesicherte, sinnvolle und selbstbestimmtere **Erwerbsarbeit** und eine planbare Zukunft für alle Menschen.

**klausurtagung der linke-bundestagsfraktion am 9. und 10. januar in rheinsberg**

Ein wesentlicher Diskussionspunkt der Klausur war die Klimapolitik. Auf der Agenda stand der detaillierte »Aktionsplan Klimagerechtigkeit«, den die Arbeitsgemeinschaft »Sozial-ökologischer Umbau« der Fraktion schon im Juni erarbeitet hatte.

Zu einer Verabschiedung des Gesamtpapiers kam es auf der Tagung jedoch nicht. Gleichwohl äußerten sich Abgeordnete zufrieden mit dem Verlauf der Debatte. Eigentlich hätte die Verabschiedung des Papiers allerdings schon im Spätherbst geschehen sollen. Die Initiatoren hatten gehofft, dass man das 80-seitige Papier anlässlich des globalen Klimastreiks am 29. November veröffentlichten könnte. Doch damals erzielte die Fraktion lediglich Einigung über das erste Kapitel - das allerdings bereits sehr weitreichende Ziele enthält. Jetzt seien auch die Kapitel zur CO2-Bepreisung, zu internationaler Solidarität, also fairem Handel statt Ausbeutung und Raubbau, und zur Friedenspolitik und Konfliktprävention als wichtiges Element des Klimaschutzes verabschiedet worden. Das Kapitel zu »Instrumenten einer beschäftigungssichernden Struktur- und Arbeitsmarktpolitik« sei zwar noch nicht beschlossen worden, es bestehe hier aber kein inhaltlicher Dissens mehr. Dieser Abschnitt sei in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Sozialverbänden erarbeitet worden.

Das innerfraktionelle Klima scheint sich mit der Zusammenkunft indes deutlich

verbessert zu haben. Thomas Nord, der den Führungsstil der früheren Fraktionschefin Sahra Wagenknecht Ende 2018 scharf kritisiert hatte, sagte, er sei erstmals »nicht mit schlechter Laune« von einer Klausur gekommen. Die Debatte sei inhaltlich kontrovers, aber in sachlicher, »wohlthuender politischer Atmosphäre« geführt worden. Das sei insbesondere der »erfrischend unparteiischen und offenen Versammlungsleitung durch Amira Mohamed Ali zu verdanken«, lobte Nord. Die Fraktionsvorsitzende sagte nach Abschluss der Versammlung, sie gehe »mit großer Begeisterung aus dieser Klausur raus«.

Weitere Themen auf der Klausur waren die Herausforderungen für den Arbeitsmarkt in Zeiten des digitalen Wandels, Bildung und die Lage im Nahen Osten. Ein Papier von Fraktionsvize Susanne Ferschl, in dem es um mehr Mitbestimmung von Beschäftigten bei wichtigen Unternehmensentscheidungen geht, fand große Zustimmung. (Auszüge aus einem Beitrag des "neuen deutschland" vom 11.01.)

**impressionen vom jahresauftakt der bundestagsfraktion der linken**



In drei Talkrunden sprachen **GESINE LÖTZSCH** mit **GREGOR GYSI**, (oben links), **FABIO DE MASI** mit **OSKAR LAFONTAINE** (oben rechts) und **DIETHER DEHM** mit **SAHRA WAGENKNECHT** (links). Außerdem gab es Reden von **AMIRA MOHAMED ALI**, **PETRA PAU** und **DIETMAR BARTSCH**. Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung von „Karussell“.



Der vom 1. Parlamentarischen Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, **JAN KORTE**, eröffnete Jahresauftakt endete mit dem gemeinsamen Gesang von drei Strophen des italienischen Partisanenliedes „Bella Ciao“, welches zu einer Hymne der antifaschistischen Bewegung geworden ist. Auf unserem Bild (von links nach rechts): **FABIO DE MASI**, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, **SAHRA WAGENKNECHT**, **OSKAR LAFONTAINE**, **AMIRA MOHAMED ALI** und **DIETMAR BARTSCH**, die beiden Fraktionsvorsitzenden, **PETRA PAU**, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages sowie Jan Korte. Weiteres zur Veranstaltung im Filmtheater Kosmos im „Standpunkt“ von Ruth Fritzsche auf Seite -2-.

## ergebnisse der kreistagsitzung vom 11. dezember

von GOTTFRIED JUBELT

*Im vergangenen Jahr wurde ein neuer Kreistag gewählt. Die Fraktion der mittelsächsischen LINKEN ist nur noch mit 11 Kreisräten vertreten. Der Fraktionsvorsitzende **GOTTFRIED JUBELT** hat sich bereiterklärt, in der Redaktion der „LinksWorte“ mitzuarbeiten und aus der Sicht der Fraktion über die Arbeit im Kreistag zu berichten. Die turnusmäßige Sitzung des Kreistages fand am 11. Dezember 2019 statt, nach Redaktionsschluss unserer Dezember-Ausgabe. Deshalb gab es im Dezember eine Vorschau auf die Sitzung. Im folgenden berichtet unser Autor über Verlauf und Ergebnisse der Sitzung.*

In der **Bürgerfragestunde** war, wie erwartet, die angekündigte Schließung der 16 Filialen der Sparkasse Mittelsachsen das Thema. Der Landrat hat sich zwar redlich bemüht, Alternativen vorzustellen, aber die Bürger waren damit nicht zufrieden. Interessant war die Feststellung eines Bürgers, dass die Sparkasse neben den Kosteneinsparungen aus den Schließungen aus der Erhöhung der Kontoführungsgebühren rd. 1,68 Mio Euro im Jahr gut macht.

Die bereits in der Dezember-Ausgabe der „LinksWorte“ angesprochenen Vorlagen wurden wie geplant beschlossen bzw. als Information zur Kenntnis genommen.

Im TOP „Informationen des Landrates“ informierte Landrat Matthias Damm über den Antrag unserer Fraktion zu nichtöffentlichen Sitzungen des Kreistages nach § 12 der gültigen Geschäftsordnung des Kreistages. Spätestens in der übernächsten Sitzung wird der Antrag behandelt.

Bereits zum sechsten Mal stand eine **Änderung des Maßnahmeplanes „Brücken in die Zukunft“** zur Abstimmung. Nachdem der zuständige Referatsleiter die Erhöhung der Kosten für den Neubau des Lehrschwimm- und Therapiebeckens um über 1 Mio Euro nachvollziehbar erläutern konnte, konnte unsere Fraktion der Vorlage zustimmen.

Die Informationen über Art und Umfang der **landkreisgeführten Breitbandausbauprojekte** waren informativ, wurden aber durch den zuständigen Mitarbeiter des Landratsamtes sehr weitschweifig vorgetragen. Zumindest wissen wir jetzt, was „Cluster“ sind, nämlich die Zusammenfassung mehrerer Kommunen und dass der Ausbau noch längere Zeit dauern wird. Dazu kommt, dass die für die Übernahme der Eigenanteile der Kommunen vom Freistaat bisher bereit gestellten fünf Millionen Euro bei weitem nicht ausreichen werden.

Auf der Grundlage eines Kreistagsbeschlusses wurde den mittelsächsischen Kommunen die Möglichkeit eröffnet, eine Aufgabenübertragung für den geförderten Breitbandausbau durch einen öffentlich-rechtlichen Kooperationsvertrag an den Landkreis durchzuführen. Insgesamt 31 Kommunen nahmen diese Option wahr, Sie wurden in sechs Clusterprojekten zusammengefasst.

- **Cluster A:** Burgstädt, Claußnitz, Hartmannsdorf, Königshain-Wiederau, Lunzenau, Mühlau, Taura
- **Cluster B:** Döbeln (inkl. Mochau), Kriebstein, Leisnig, Roßwein, Waldheim, Zschaitz-Ottewig
- **Cluster C:** Altmittweida, Lichtenau, Rossau
- **Cluster D:** Erlau, Königsfeld, Mittweida, Rochlitz (Teilflächen), Seelitz (Teilflächen)
- **Cluster E:** Großschirma, Oberschöna, Reinsberg
- **Cluster F:** Bobritzsch-Hilbersdorf, Flöha, Frankenberg, Mulda, Weißenborn
- **Sonderprojekte Institutionen:** bis zu 20 Schulstandorte in Freiberg, ein Standort in Niederwiesa sowie ein Krankenhaus in Freiberg
- **Sonderprojekt Gewerbeflächen:** 125 vorläufig förderfähige Anschlusspunkte

Weiter wurde informiert, dass aktuell fünf von sechs Clustern vollständig bewilligt sind: die Cluster A bis C sowie E und F. Es werde von einer vollständigen Bewilligung bis Ende des Jahres ausgegangen.

Das Gesamtvolumen beläuft sich derzeit auf rund 240,4 Millionen Euro.

Noch wichtiger als der Breitbandausbau war für uns die Vorlage **„Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes unseres Landkreises für den Zeitraum bis 2025“**. Der Geschäftsführer unserer Entsorgungsdienste Kreis Mittelsachsen GmbH (EKM), Jens Irmer, bewies, dass man den wesentlichen Inhalt eines knapp 90 – seitigen Konzeptes in gestraffter Form und für alle Anwesenden verständlich vortragen kann. Er stellte fest, dass sich der Landkreis und damit der Kreistag infolge der im Abfallwirtschaftsverband Chemnitz (AWVC) aufgetretenen finanziellen Turbulenzen über Verbleib im Verband oder Austritt aus dem Verband entscheiden muss. Diese Entscheidung kann auch nicht auf die lange Bank geschoben werden; sie muss noch im ersten Halbjahr 2020 getroffen werden.

Nach dem Vortrag wollte ein Kreisrat der AfD das Konzept unbedingt kommentieren. Einen Kommentar lehnte der Landrat zwar ab, ließ aber eine Diskussion zu. Hier unterstellte die AfD der EKM, dass bei der Ermittlung der Gebühren u.a. wichtige Komponenten vergessen worden wären; auch wären die Ergebnisse eines Gutachtens nicht beachtet worden. Diese Diskussion war hier vollkommen fehl am Platz; sie hätte eventuell noch zur bereits im Oktober beratenen und beschlossenen Abfallgebührenkalkulation gepasst. Auf meine Frage, warum er das zugelassen hat, erklärte der Landrat, das er hören wollte, was die AfD zu sagen hätte.

Der nächste wichtige Tagesordnungspunkt war die **Bestellung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Landkreis Mittweida Krankenhaus gGmbH**. Mit der bestätigten Änderung des Gesellschaftervertrages der gGmbH konnten jetzt also alle sieben Fraktionen einen Vertreter entsenden. Unsere Fraktion hatte beschlossen, Dr. Torsten Bachmann aus Mittweida in das Gremium zu entsenden. Da Einigkeit erzielt wurde, musste keine extra Wahl dazu erfolgen.

Für die Wahl eines weiteren Mitglieds für den Verwaltungsrat der Kreis-sparkasse Döbeln, also für die Wahl eines weiteren sachkundigen Bürgers, hat unsere Fraktion wieder das langjährige Mitglied des Verwaltungsrates, Werner Busch vorgeschlagen. Er erhielt aber nur 14 Stimmen, während der Kandidat der „Freien Wähler“, Hans-Hermann Schleußner, das Mandat mit 62 Stimmen übernehmen konnte.

Wichtiger als bisher war diesmal der **Terminplan für die Sitzungen** des Kreistages im Jahr 2020. Da im Plan wie vereinbart fünf Sitzungen ausgewiesen waren, wurde der Plan mit deutlicher Mehrheit beschlossen. Geplant sind die Sitzungen für den 25. März, 20. Mai, 15. Juli, 23. September und 9. Dezember.

Im Tagesordnungspunkt „Anfragen der Kreisräte“ konnte es sich die AfD-Fraktion nicht verkneifen, unbedingt noch ein längeres Statement zur Schließung der Filialen der Sparkasse Mittelsachsen abzugeben. Dabei hatte Herr Damm im Tagesordnungspunkt „Informationen des Landrates“ bereits gefragt, ob es noch Klärungsbedarf dazu gibt und so dort die Möglichkeit eingeräumt, sich zur Sache zu äußern. Dieses Angebot wurde von der AfD nicht genutzt. Stattdessen mussten wir uns minutenlang die allseits bekannten Kritiken und Forderungen anhören, ohne dass der Landrat von seinem Recht, die überflüssige Diskussion abzubrechen, Gebrauch machte.

### Abschließend noch ein Wort in eigener Sache:

Mit Jahresbeginn 2020 hat unsere Fraktion Eyk Fechner als Mitarbeiter auf der Basis einer geringfügigen Beschäftigung eingestellt. Unabhängig davon verbleibt die Geschäftsstelle unserer Fraktion bei mir als Fraktionsvorsitzendem.

Meine Koordinaten: Gottfried Jubelt  
Telefon: 03729 1/184327,  
Mail: agrarberatung-g.jubelt@freenet.de



zum digitalen wandel



von HANS WEISKE

Die Digitalkonferenz der LINKEN fand am 7. Dezember in der Jugendherberge Berlin Ostkreuz statt. Aber bereits am Vortag hieß es anreisen, da am Abend eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung u.a. mit Katja Kipping die Frage stellte: „Das Produkt sind wir. Über das Leben im digitalen Zeitalter“.

Die Konferenz selbst startete mit einem „Digitalen Warm Up“. Beantwortet wurden die Fragen „Wer, wie,

der Wirtschaft und Digitalisierung“). Den Abschluss bildete eine Podiumsdiskussion u.a. mit Bernd Rixinger unter dem Motto „Digitaler Klassenkampf? Die Zukunft des digitalen Kapitalismus und die Perspektive eines neuen Sozialismus“ – eine ziemlich provokante Fragestellung und Rixinger musste sich von den angereisten Fachleuten manche Kritik an der Digitalisierungspolitik der LINKEN anhören. Er betonte aber, dass sich in puncto Netzpolitik in letzter Zeit einiges getan habe. Meine Erkenntnis: Digitalisierung ist



Kleine Show am Rande. Unter dem Motto „Meisterschaft der Maschinen“ präsentierte das RoboCup-Team der Humboldt-Universität fußballspielende Roboter mit künstlicher Intelligenz. Interessiert beobachtet u.a. vom Parteivorsitzenden Bernd Rixinger.

was Digitalisierung?“ Dabei wurde nicht nur mir klar, dass es um ganz neue Begriffe und technische Zusammenhänge geht, ohne deren Verständnis man sich nicht politisch mit der Digitalisierungspolitik auseinandersetzen kann.

Anschließend konnte man sich für einen der zehn Workshops entscheiden (nur zwei Beispiele für die Themen der Workshops: „Welchen Sozialstaat brauchen wir für den digitalen Wandel“ und „Die Demokratie- und Eigentumsfrage stellen: sozial-ökologische Transformation

(auch) Klassenkampf. Es scheint, dass die Giganten der neuen digitalen Welt, wie Apple, Amazon, Facebook und Google, immer mehr das Kommando übernehmen und die Vielfach-Krise des Kapitalismus verstärken. Es wird immer klarer: Die Menschheit muss die Weise, wie sie arbeitet, lebt und wirtschaftet, radikal verändern. Ein neuer, demokratischer und ökologischer Sozialismus könnte die Antwort von links auf Vielfachkrisen des Kapitalismus und zunehmend digital organisierte Produktivkräfte sein.

zur aktuellen strategiedebatte der linken



In unserer Oktober-Ausgabe des vergangenen Jahres haben wir die von Katja Kipping, Bernd Rixinger, Jörg Schindler und Harald Wolf unterzeichnete Einladung des Parteivorstandes zur Strategiedebatte 2020 veröffentlicht. Diese geht jetzt mit Regionalkonferenzen am 18. und 19. Januar (nach Redaktionsschluss) in Leipzig, Güstrow und Ulm sowie am 8. Februar in Frankfurt am Main in die nächste Etappe.

Die **Regionalkonferenz in Leipzig** wird eingeleitet durch Reden der Bundesvorsitzenden Katja Kipping und den beiden Landesvorsitzenden Susanne Schaper und Klaus Hartmann. Danach finden drei Workshops zu den folgenden Themen statt:

- Wozu braucht es DIE LINKE ?
- DIE LINKE als parlamentarische und außerparlamentarische Opposition
- Was sind die Stärken und Schwächen unserer Partei ?

Nach der Vorstellung der Ergebnisse aus den Workshops erfolgt die Zusammenfassung und der Ausblick durch die Stellvertretende Landesvorsitzende Kathrin Kagelmann.

Höhepunkt der ersten Etappe der Strategiedebatte in Vorbereitung auf den Bundesparteitag im Juni ist die Strategiekonferenz am 29. Februar und 1. März in Kassel. In Vorbereitung darauf erscheint Ende Januar ein Kongressreader mit den Positionspapieren zur Strategiedebatte (*Wir informieren in unserer Februar-Ausgabe darüber,d.R.*). Die Ergebnisse der Kasseler Strategiekonferenz werden für den Leitantrag zum Bundesparteitag verarbeitet.

In einer Information der Bundesgeschäftsstelle heißt es: „Zur Strategiekonferenz der Partei haben wir bereits so viele Anmeldungen erhalten, dass wir an Kapazitätsgrenzen (Sitzplätze, Brands-

chutz, Atemluft) stoßen.... Voraussichtlich werden wir in Kürze eine Warteliste einrichten (müssen). (hw)

**Fragen aus dem Bundesausschuss zur Vorbereitung der Strategiekonferenz (Auszüge)**

**Erstens:**

Das Profil der LINKEN wird in ihrem Programm in der Satzung bestimmt. Die Grundsatzdokumente der Partei wurden vor etwa 10 Jahren beschlossen. Wie haben der Bundesvorstand und die Landesverbände deren politische Leitlinien in praktische Politik umgesetzt?

**Zweitens:**

Welche Auswirkungen auf Wesen und Charakter der Partei hatten/haben Regierungsbeteiligungen? Machen wir unter Umständen Politik an den Menschen vorbei?

**Drittens:**

Welche Auswirkungen auf das Profil der Partei haben tatsächliche/angestrebte Kooperationen mit der SPD/den GRÜNEN?

**Viertens:**

Wie stellt sich das Verhältnis zwischen dem (mindestens von Teilen der Partei erklärten) Ziel der Integration in die bestehende (kapitalistische) Gesellschaft und der Überwindung dieser auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhenden Gesellschaft dar?

Wie wird das im Parteiprogramm verankerte Ziel der Überwindung des Kapitalismus in praktische Politik umgesetzt?

**Fünftens:**

Welchen Platz soll die „Transformation“ angesichts der aktuellen politischen Kämpfe in der Strategie der Partei haben?

**Sechstens:**

Wie ist das sozialistische Profil der LINKEN über antikapitalistische Positionen hinaus zu schärfen?

Über die Landesliste der LINKEN wurde **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** in den sächsischen Landtag gewählt. Inzwischen hat sie die Arbeit als stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion aufgenommen, ihre erste Rede im Plenum gehalten und ihr Team formiert. Bereits im Oktober haben wir ihre Mitarbeiterin **KATI VOIGT** vorgestellt, die vor allem vom Bürgerbüro Döbeln aus wirk und erste Ergebnisse ihrer Arbeit schildert. In Mittweida hat sich ein Wechsel des ursprünglich vom ehemaligen Kreisvorsitzenden **FALK NEUBERT** angemieteten Bürgerbüros vollzogen. Von dort aus organisiert **EYK FECHNER** künftig die Arbeit. Wir stellen ihn im folgenden vor.

das neue gesicht im kreisverband - eyk fechner

von **HANS WEISKE**

**S**o neu ist das Gesicht von Eyk Fechner den Eingeweihten gar nicht. Wurde er doch schon auf dem Kreisparteitag im November 2015 in Flöha als Neumitglied begrüßt. Übrigens damals dokumentiert in den „LinksWorten“. An diesem Tag wurde er auch von der damaligen stellvertretenden Kreisvorsitzenden Marika Tändler-Walenta „entdeckt“ und nach einem weiteren Kontakt zu einer Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Waldheim, an der Marika teilnahm, für die Arbeit als Mitgliederbeauftragter des Kreisverbandes gewonnen. Im November des vergangenen Jahres wurde Eyk - der in Waldheim zuhause ist - in den Kreisvorstand Mittelsachsen und in den Landesvorstand der sächsischen LINKEN gewählt. Beim „Lokaltermin“ in Mittweida erzählt er mir, dass ihm sein Start im Landesvorstand viel Freude bereitet hat und er von der angenehmen Arbeitsatmosphäre positiv



**EYK FECHNER** an seinem noch etwas spartanischen eingerichteten neuen Arbeitsplatz im Bürgerbüro Weberstraße 8 in Mittweida. Von hier aus wird er seine Arbeit als Wahlkreismitarbeiter von Marika Tändler-Walenta organisieren. Darüber hinaus wird er - als vorerst amtierender - ehrenamtlicher Kreisgeschäftsführer tätig werden. Unterstützen wird er auch die Kreistagsfraktion der LINKEN.

überrascht ist.

Eyk Fechner ist Jahrgang 1989. In Hartha ging er zur Schule. In Lichtenberg im Erzgebirge hat er den Beruf eines Elektrikers für Betriebstechnik erlernt. Gewohnt hat er damals in Freiberg. Im der letzten Etappe der Lehrausbildung ging es schon auf Montage. 2010 schloss er die Lehre ab und war weiter auf Montage unterwegs. Zwei Jahre später wurde er zum Wehrdienst eingezogen, den er auf zwei Jahre bis 2015 verlängerte. Danach war für fünf Jahre - bis zum Herbst des vergangenen Jahres - in der Firma „Kerateam“ in Leisnig, ein 1995 gegründeter Fliesenproduzent, sein Arbeitsplatz als Betriebsselektiker. Bis das Angebot folgte, als Wahlkreismitarbeiter von Marika einzusteigen. Zur LINKEN ist Eyk vor allem durch seinen Bruder gekommen, der für ihn - vor

allem durch seine politische Standhaftigkeit - immer ein Vorbild war. Sein Vater Tim Fechner war zur letzten Bürgermeisterwahl in Waldheim als gemeinsamer Kandidat der LINKEN und der SPD angetreten.



In diesem Gebäude in der Weberstraße 8 in Mittweida - ganz nahe am Marktplatz - befindet sich das neue Bürgerbüro der LINKEN in Mittweida und zwar in den beleuchteten Fenstern im Erdgeschoss. Bald wird auch optisch erkennbar sein, dass hier DIE LINKE „residiert“ und künftig die politische Arbeit organisiert.



**MARIKA TÄNDLER-WALENTA**, Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende der LINKEN, mit ihrem „mittelsächsischen Kernteam“, bestehend aus **KATI VOIGT** (links im Bild) und **EYK FECHNER**.

„mit meinem start bin ich zufrieden“

von **KATI VOIGT**

Seit November letzten Jahres, also seit knapp 3 Monaten, bin ich als wissenschaftliche Mitarbeiterin von Marika Tändler-Walenta, der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Landtag und



formiert sich

perlen russlands 2019 - vergangenheit und gegenwart (3)

Kreisvorsitzenden DIE LINKE Mittelsachsen, tätig. Der Arbeitsbereich war für mich bisher völlig neu, doch aus meiner Sicht habe ich mich gut eingearbeitet und mir einen Einblick in das doch recht umfangreiche, aber dennoch interessante und vielseitige Arbeitsfeld geschaffen.

In den letzten Wochen habe ich zahlreiche Menschen aus ganz Sachsen kennengelernt, deren Wirkungskreis sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei DIE LINKE liegt. Gemeinsam mit Marika habe ich an verschiedenen, sehr interessanten Veranstaltungen teilgenommen, wie zum Beispiel am Landesparteitag in Dresden, am Kreisparteitag in Flöha sowie an einer Führung im Sächsischen Landtag, um hier nur einige zu nennen. Außerdem habe ich gemeinsam mit Marika und meinen Kollegen Eyk Fechner, Marvin Javane und Mirco Scheffler das Büro in Döbeln neugestaltet. Dazu haben wir Möbel, die „schon etwas in die Jahre gekommen waren“, durch neue ersetzt und die bisherige Raumgestaltung optimiert. Entstanden ist dadurch ein Büro mit einer angenehmen Arbeitsatmosphäre, welches ich gemeinsam mit Kerstin Saupe, der Ortsvorsitzenden der LINKEN Döbeln und Stellvertretenden Kreisvorsitzenden der LINKEN in Mittelsachsen nutze. Zudem steht jetzt ein Veranstaltungsraum zur Verfügung, der sowohl für Veranstaltungen als auch für verschiedene Versammlungen genutzt werden kann, wie zuletzt bei der ersten Sitzung des neuen Kreisvorstandes im Jahr 2020. Auch die kleine, aber feine Küche wurde mit neuen Möbeln versehen und ist bis auf ein paar einzelne Regale komplett.

Um die öffentliche Sichtbarkeit des Bürgerbüros zu erhöhen sind zudem weitere kleinere bauliche Maßnahmen im Außenbereich geplant. Konkret geht es um die Anbringung einer Beschilderung im Eingangsbereich und eines Holzschaukastens der mit allerlei Informationen gefüllt werden soll. Diese bedürfen allerdings einer Genehmigung der Denkmalschutzbehörde. Ein entsprechender Antrag ist schon gestellt und wird hoffentlich befürwortet. Nun heißt es, die Räume mit Leben zu füllen, ein Anliegen was besonders auch Marika am Herzen liegt. Dazu gibt es nun feste Öffnungszeiten. Das Bürgerbüro in Döbeln wird zukünftig an drei Tagen in der Woche, genauer am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, besetzt sein. Außerdem sind verschiedene Veranstaltungen geplant, um die vorhandenen Räumlichkeiten auch für interessierte Bürger\_innen und Vertreter\_innen von Vereinen und Initiativen der Stadt Döbeln und Umgebung zu öffnen. Auch Beratungsangebote, zum Beispiel zur Förderung von Unternehmen mit europäischen Mitteln, sind vorgesehen und werden derzeit von uns vorbereitet.

Es stehen eine Menge Aufgaben an, aber ich bin guter Dinge und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit Bürger\*innen, Kooperationspartner\*innen und natürlich den Genossinnen und Genossen unseres mittelsächsischen Kreisverbandes der LINKEN.

von HANS WEISKE

**Vom 2. bis 10. Oktober erfüllte ich mir einen langgehegten Traum: Ich begab mich neun Tage - völlig auf eigene Faust - auf „Abenteuerfahrt“ in das Herz von Russland: nach Moskau und St. Petersburg, den beiden ehemaligen Residenzen der russischen Zaren. In loser Folge berichte ich über meine Erlebnisse: Im heutigen dritten Teil geht es vor allem um das Neujungfrauenkloster in Moskau, bevor wir uns in den kommenden beiden Folgen auf die Spuren des Goldenen Rings um Moskau begeben werden.**

Über den ersten Teil des dritten Tages meines Aufenthaltes in Russland habe ich im Dezember berichtet: Es ging zunächst in die alten Zarenresidenzen Zaryzino und Kolomenskoje, früher weit vor den Toren von Moskau, inzwischen mit der Metro erreichbare Ausflugsziele der Moskauer. Mit der Metro ging es auch zurück in das Zentrum von Moskau.

Apropos „Moskau und seine Metro“: Moskau hat inzwischen rund 13 Millionen Einwohner, die Metro befördert jährlich ca. 2,5 Milliarden Fahrgäste. Unvorstellbar! Das Liniennetz wird fortlaufend erweitert, im Bau ist eine zweite Ringlinie, die längste Linie ist jetzt bereits fast 50 Kilometer lang. Und der Preis für eine Fahrt mit beliebig vielen Umstiegen? Umgerechnet 80 Cent.

Auf der Tagesordnung für den Nachmit-

Doch diesen beiden Enttäuschungen folgte doch noch der absolute Höhepunkt meines dritten Tages in Moskau: Der Besuch des Friedhofes des Nowodewitschi-Klosters. Dabei hatte ich unverschämtes Glück, denn bei meiner Ankunft waren die Tore zum Friedhof bereits verschlossen. Nur einer scheinbar nach der Schließzeit angemeldeten chinesischen Touristengruppe hatte ich es zu verdanken, dass sich die Tore nochmals öffneten. So kam ich mit einer „kleinen Gabe“ für das Personal sogar zu einer als Eilmarsch abgehaltenen individuellen Foto-Führung zu einigen historisch besonders bedeutsamen Grabmalen.

Zum Friedhof: Das im Jahr 1524 auf Veranlassung des Großfürsten von Moskau Wassili III. gegründete Novodewitschi-Kloster besaß auf seinem Gebiet einen Kirchhof, der im Laufe der Zeit zu einem Begräbnisplatz der Oberschicht wurde. Zunächst wurde hauptsächlich der Moskauer Adel und Klerus hier beerdigt, später zunehmend auch Kaufleute, Professoren, Feldherren und Künstler. 1898 erhielt das Kloster zu Bestattungszwecken ein neues Gelände südlich der bisherigen Klostermauer. 1949 wurde der Friedhof erneut erweitert. 1994 wurde das Kloster reaktiviert. In der Sowjetunion war es ein reiner Ehrenfriedhof, es wurden also nur Ehrenbürger, wie bedeutende Politiker, Künstler, Wissenschaftler und Militärangehörige beigesetzt. Insgesamt sind auf dem Novodewitschi-Friedhof über 27.000 Tote begraben, neben Grabmalen auch in Kolumbarien an den Friedhofsmauern.



**Oben** links das Neujungfrauen-Kloster, rechts Blick vom Zaryadye-Park in Richtung Basilika-Kathedrale. **Unten** von links vier Gräber auf dem Klosterfriedhof: Primaballerina Galina Ulanova, Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, Wladimir Majakowski und Boris Jelzin.

tag und frühen Abend standen der Gorki-Park, der Arbat und das zum UNESCO-Welterbe gehörende Nowodewitschi-Kloster (Neujungfrauen-Kloster) mit seinem Friedhof. Seinen Namen erhielt es zur Unterscheidung vom alten Frauenkloster im Moskauer Kreml. Es gehört - gemeinsam mit dem Dreifaltigkeitskloster in Sergijew Possad (dazu mehr im Februar) - zu den eindrucksvollsten Klöstern Russlands.

Der Gorki-Park, vielen bekannt als „Zentraler Maxim-Gorki-Park für Kultur und Erholung“ riss mich nicht vom Hocker, noch weniger der Alte Arbat, eine der bedeutendsten touristischen Attraktionen Moskaus.

Das weitläufige Friedhofsareal ist in drei Territorien und elf Reihen unterteilt. Ich habe neben den vier in der Bildunterschrift genannten Grabmalen u.a. Fotos der Gräber von Sergei Eisenstein (Filmregisseur), Nikolai Gogol (Schriftsteller), Anton Makarenko (Pädagoge), Nikolai Ostrowski (Schriftsteller), Dmitri Schostakowitsch (Komponist), Alexei Tolstoi (Schriftsteller), Pawel Tretjakow (Kunstmäzen), Anton Tschechow (Schriftsteller) und Alexei Tupolew (Flugzeugkonstrukteur) gemacht.

Wenn auch nur im Eilmarsch: Ein wahres Kaleidoskop russisch-sowjetischer Kunst und Wissenschaft.

**„Große Transformation“ im 21. Jahrhundert – Blockaden, Möglichkeiten, Akteure** von ACHIM GRUNKE

*Im Hintergrund der Welt, wie wir sie kannten, türmen sich seit Jahrzehnten Megakrisen auf, die wir nur deshalb ignorieren können, weil unsere komfortablen Lebensumstände die Illusion befördern, alles werde schon irgendwie gut ausgehen. Tatsächlich signalisieren Klimawandel, schwindende Energieressourcen, Umweltverschmutzung, Ernährungskrisen und das Wachstum der Bevölkerung die Endlichkeit unseres Lebensstils.*

*Wir erleben, wie unsere Lebensgewohnheiten die Funktionsgrenzen der kapitalistischen Wirtschaftsform überschreiten, und die Finanzkrise zeigt, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann und wird. Sind die Demokratien des Westens fähig, sich so zu modernisieren, dass sie zukunftsfähig werden? Ist es möglich, das erreichte Niveau dafür zu nutzen, eine Form des Wirtschaftens und Lebens zu entwickeln, die nicht auf Wachstum, sondern auf Gerechtigkeit und Lebensqualität setzt? Erst das Ende der Illusion, dass unser Erfolgsmodell auch unter den Bedingungen einer globalisierten Welt funktioniert, bietet Chancen auf eine Zukunft der Demokratie – so Leggewie und Welzer in ihrem Buch „Das Ende der Welt, wie wir sie kannten“, erschienen im S. Fischer Verlag 2009.*

### Blockaden und Hemmnisse

Angesichts der heraufziehenden „Megakrisen“ wäre eine sozial-ökologische, demokratisch emanzipative Transformation der Gesellschaft nötig und wünschenswert. Wie sich aber gegenwärtig zeigt, stößt diese Transformation auf strukturelle und kulturell-mentale Blockaden und Hindernisse sowie auf vielfältige Gegenkräfte. Und genau genommen kommt diese soziale und ökologische Transformation seit Jahren über einzelne Ansätze nicht wirklich voran.

Zu den ernsthaften politisch-sozialen Blockaden gehört der Aufstieg des autoritären Populismus als breite Bewegung und in Regierungen, ja selbst auf die „alten Demokratien“ des Westens (USA, Großbritannien und Frankreich) hat sich der Bazillus des Rechtspopulismus ausgebreitet. Der Rechtspopulismus ist ein regressiver und restaurativer Reflex auf die großen Herausforderungen des sozial-ökologischen Wandels dieser Zeit. Rechtspopulisten leugnen den menschengemachten Klimawandel und suchen Lösungen für anstehende Probleme in den Grenzen des Nationalstaats der Vergangenheit mit altkonservativen Konzepten des 19. Jahrhunderts.

Weitere Hemmnisse sind die zunehmende globale Anarchie, die regionalen und nationalen Kriege mit ihren weltweiten Folgewirkungen, die neue Aufrüstungswelle, der Terrorismus und nicht nachlassende Flüchtlingsströme. Auch die Wandlungsbereitschaft der Menschen für eine andere Lebensweise im Sinne der Transformation ist bei den Unter- und Mittelschichten gegenwärtig nur gering ausgeprägt, auch weil die Erfahrungen mit „Reformen“ und „Umbrüchen“ (von den marktliberalen Versprechungen über die Agenda 2010 bis zur Globalisierung) von Verlusten, Verunsicherungen, Zukunftsängsten geprägt sind. Und in Zeiten epochaler Umbrüche mit ungewissem Ausgang hält man lieber am Gewohnten fest, als sich auf das „Abenteuer“ eines transformativen Wandels einzulassen. Und die Eliten selbst zeichnen sich durch Unentschlossenheit und Kontrollverlust aus. Die geistige Situation unserer Zeit ist heute eher durch eine Welle regressiver Entwicklungen gekennzeichnet. Und die Kräfte des progressiven Wandels selbst sind stark zersplittert und insgesamt noch in der Defensive.

Eine umfassende Gesellschaftstransformation verlangt nach langfristigen Lösungen. Die heutigen modernen bürgerlichen Gesellschaften sind mit ihrem

Institutionensystem und ihrem Politikbetrieb jedoch nur auf kurzfristige Lösungen ausgerichtet. So zeigt sich heute bei der Euro-Krise, der Öko-Krise, dem demographischen Wandel oder auch dem Renten- und Gesundheitssystem, dass bei Lösungsversuchen die tieferliegenden Strukturen und Ursachen weitgehend unberührt bleiben.

### Möglichkeiten

Bisher war es so, dass der Kapitalismus wie kein anderes Wirtschaftssystem sich in seiner rund 200jährigen Geschichte immer wieder als wirtschaftlich innovativ, flexibel, anpassungs- und erneuerungsfähig erwiesen hat. Wird sich aber der Kapitalismus ebenso als anpassungsfähig erweisen, wenn es um die Bewältigung der „Megakrisen“ geht?

Soll eine Gesellschaftstransformation zur Lösung der „Megakrisen“ stattfinden, wäre dies ohne eine Reform der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht möglich. Bedeutet das letztlich eine Überwindung des Kapitalismus oder erweist sich der Kapitalismus als erneuerungsfähig. Im Erfurter Programm der LINKEN von 2011 ist zu lesen: DIE LINKE kämpft in einem großen transformatorischen



Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung für den demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Dieser Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein. Demokratischer Sozialismus ist immer auch eine demokratische Bewegung zur Befreiung der Menschen von jeglichen Unterdrückungsverhältnissen.

Wenn es jedoch vorerst nicht gelingt, den Kapitalismus zu überwinden, dann müsse man sich das kolossale Versagen der Märkte und der neoliberalen Wirtschaftspolitik im Blick auf die Umwelt- und Klimakrise in aller Klarheit vergegenwärtigen. Eine wesentliche Voraussetzung für die Selbstrettung wäre eine politische Ökonomie der Nachhaltigkeit, die Wiedereinbettung der Märkte in soziale Netzwerke und Institutionen, so Leggewie und Welzer in ihrem bereits zitierten Buch.

Deshalb dürfe die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft nicht prinzipiell für reform- und transformationsunfähig gehalten werden, meint R. Reissig in seinem Buch „Transformation von Gesellschaften“, erschienen 2019. Wer das tue, brauche über Transformation nicht weiter nachzudenken. Er könne dann weiterhin auf den großen und erlösenden Zusammenbruch hoffen, der dann die neue Gesellschaft hervorbringen soll.

Die moderne bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ist eine hybride Gesellschaft, der unterschiedliche Tendenzen innewohnen: einerseits die dem Kapitalismus innewohnende Logik des bedingungslosen Profit- und Renditestrebens, andererseits die Versuche bürgerlicher Gesellschaften, einen gewissen sozialen Ausgleich herzustellen, um das System zu stabilisieren.

Und der bürgerliche Staat ist nach Gramsci eine Kombination aus Zwang und Konsens und ist nicht einfach oder ausschließlich das „Instrument der herrschenden Klasse“,

sondern „die materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse“ (Poulantzas). Und die Demokratie war schon aus Marx und besonders Engels Sicht der Boden für das Wirken der Arbeiterbewegung. Heute ist Demokratie die unverzichtbare Basis für das Ringen vielfältiger sozialer Bewegungen und gesellschaftlicher Akteure.

In diesem Sinne also kann erst einmal von einer potentiellen Möglichkeit der Transformation bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften ausgegangen werden, die zunächst auch im strukturellen und prozessualen Gefüge dieser Gesellschaften selbst liegt. Davon zeugen nicht zuletzt die vielfältigen Kämpfe der Arbeiterbewegung in der kapitalistischen Welt um soziale und demokratische Reformen und die dabei erzielten Erfolge, vom Acht-Stunden-Tag über das allgemeine Wahlrecht, das Koalitionsrecht, die verschiedenen Sozialgesetzgebungen bis hin zu Mitbestimmungsrechten. Dafür spricht das Eintreten sozialer und demokratischer Bewegungen z.B. für die Gleichberechtigung von Mann und Frau, für Minderheitenschutz, für die Verteidigung und den Ausbau der Demokratie.

### Akteure

Für die neue, sozial-ökologische Transformation tragen verschiedene Akteure eine Verantwortung: Individuelle Akteure, zivilgesellschaftliche Organisationen, wissenschaftliche Institutionen, politische Akteure (Parteien, Parlamente, Regierungen) aber auch Unternehmen und Unternehmer sowie Teile der Eliten.

Doch unter den gegenwärtigen Bedingungen kommt individuellen und organisierten Akteuren der Zivilgesellschaft eine besondere Rolle zu. Als „Pioniere des Wandels“ sind sie in diesen Transformationsprozessen besonders engagiert, sie wirken als Mahner, Ideengeber und Antriebskraft einer gesellschaftlichen Transformation. Sie sind oft Beispielgeber für ökologische, soziale, politisch-institutionelle Veränderungen und üben nicht zuletzt als soziale Bewegung von unten Druck aus auf Politik und Wirtschaft im Sinne transformativen Wandels. Das sind z.B. die Umwelt- und Klimaschutzbewegungen (wie Fridays for Future, Greenpeace, BUND, NABU und lokale und regionale Bewegungen) und die Bewegungen für Kohleausstieg, für eine ökologische Wende, für erneuerbare Energie, für den Ausbau der öffentlichen Verkehrssysteme und den (längerfristigen) Übergang zu einer autofreien Stadt, für Verbraucherschutz und den schrittweisen ökologischen Umbau der Landwirtschaft.

Mit dem Aufkommen und der Zunahme des autoritären Populismus sind auch demokratische Bewegungen neu entstanden, die gegen Rechtsentwicklung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und für eine Demokratisierung der Gesellschaft eintreten. Zehn- und Hunderttausende beteiligen sich an entsprechenden Kundgebungen und Demonstrationen. So ist nicht nur eine Stärkung der autoritär-populistischen Bewegung zu verzeichnen, sondern auch ein Wachsen demokratischer und sozialer Bewegungen.

Allgemein gewinnen eine kritische Öffentlichkeit und der gesellschaftliche Diskurs für den transformativen Wandel ein entscheidendes Gewicht. Für den kulturell-mentalen Wandel in der Transformation fällt den Künstlern, Literaten, Publizisten und Wissenschaftlern eine maßgebliche Rolle zu. Nicht zuletzt der Wissenschaft kommt im Prozess der neuen Transformation eine wichtige Funktion zu: als Ideengeber, als Initiator kritischer Gesellschaftsdebatten, als Faktor der Sensibilisierung für ökologische, sozioökonomische und kulturelle Problemlagen und Zusammenhänge.



**kreisvorstand aktuell**

Der auf dem Kreisparteitag am 23. November gewählte Kreisvorstand hat sich, nachdem er sich am 18. Dezember 2019 zu einer Informationsveranstaltung mit der Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Marika Tändler-Walenta im Landtag getroffen hatte, am 8. Januar im Bürgerbüro Döbeln konstituiert. Dabei ging es um folgende Schwerpunkte:

■ **Konstituierung des Kreisvorstandes.** Dazu wurden die Zuständigkeiten der Vorstandsmitglieder für die Ortsverbände festgelegt und der Terminplan für das Jahr 2020 beschlossen. In diesem Zusammenhang wurde auch über die Verbesserung der Kommunikation im Kreisvorstand und die Gestaltung der Internetpräsenz des Kreisverbandes beraten. Es wird eine Telegram-Gruppe eingerichtet.

■ **Informationen der Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Marika Tändler-Walenta über ihren Start als stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion der LINKEN.** Sie ist in der Fraktion verantwortlich für die Bereiche Europa, Sport und Kindertagesstätten. Als ihre Mitarbeiter in Mittelsachsen wurden Kati Voigt und Eyk Fechner eingestellt. Kati Voigt wird vor allem im Bürgerbüro in Döbeln und Eyk Fechner im Bürgerbüro Mittweida tätig sein.

■ **Erste Überlegungen zum angedachten Strukturkonzept für die künftige Arbeit im Kreisverband.** Als ein wesentlicher Aspekt wurde die Verstärkung der Zusammenarbeit in den "Altkreisen" Döbeln, Freiberg und Mittweida genannt. Dazu finden - voraussichtlich im April - drei Regionalkonferenzen mit den neuen Landesvorsitzenden Susanne Schaper und Stefan Hartmann statt.

■ **Zur Arbeit des neuen Landesvorstandes.** Eyk Fechner, auf dem Landesparteitag im November 2019 neu in den Landesvorstand gewählt, informierte über die Aufnahme der Arbeit. Neben der Bestätigung einer neuen Geschäftsordnung, dem Terminplan und Festlegungen zur digitalen Kommunikation und Arbeitsweise ging es um die Einsetzung "diverser Räte, Arbeitsgruppen und Kommissionen des Landesvorstandes zur praktischen Umsetzung der Landesparteitagsbeschlüsse". Insgesamt sollen bis März u.a. ein Gewerkschaftsrat, ein Bewegungsrat, ein Kommunalrat, ein Rat für politische Bildung, ein Mitgliederrat und eine Grundsatzkommission gebildet werden.

■ **Beratung und Bestätigung des Finanzplans 2020, der Grobplanung für die Finanzierung der Arbeit des Kreisverbandes bis 2024 und der Bereitstellung von Finanzmitteln für die politische Arbeit der Ortsverbände in diesem Jahr.** In diesem Zusammenhang zog Schatzmeister Hans Weiske Bilanz für den Zeitraum 2014 bis 2019. Trotz höherer Aufwendungen im Wahlkampf 2019 geht der Kreisverband mit einem soliden Finanzpolster in die Periode bis 2024.

**unsere jubilare**

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen über sechzig sowie unseren hochbetagten geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich !



Im februar 2020 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

<b>GERALD WAMSER</b>	geb. am	01.02.1940,	in	Brand-Erbisdorf
<b>RUDOLF WEHNER</b>	geb. am	01.02.1934,	in	Freiberg
<b>GOTTFRIED SCHLEHAHN</b>	geb. am	01.02.1932,	in	Döbeln
<b>HANS HAFERKORN</b>	geb. am	04.02.1929,	in	Mittweida
<b>IRENE WEBER</b>	geb. am	07.02.1929,	in	Rochlitz
<b>ANNEMARIE ZSCHALIG</b>	geb. am	07.02.1940,	in	Rochlitz
<b>GERLINDE KARBE</b>	geb. am	09.02.1940,	in	Döbeln
<b>DIETMAR PREISSLER</b>	geb. am	09.02.1936,	in	Flöha
<b>MARTIN ANDERS</b>	geb. am	12.02.1939,	in	Großhartmannsdorf
<b>HANS-DIETRICH PESTER</b>	geb. am	12.02.1950,	in	Mittweida
<b>BRIGITTE SONTOWSKI</b>	geb. am	14.02.1935,	in	Freiberg
<b>KURT MEINEKAT</b>	geb. am	19.02.1932,	in	Penig
<b>ARNDT SCHARFENSTEIN</b>	geb. am	19.02.1950,	in	Frauenstein
<b>GÜNTER SCHULZE</b>	geb. am	20.02.1938,	in	Freiberg
<b>MARGRET NEUMANN</b>	geb. am	20.02.1937,	in	Penig
<b>MARGOT PREISSLER</b>	geb. am	21.02.1937,	in	Flöha
<b>BRIGITTE HÜBLER</b>	geb. am	22.02.1939,	in	Freiberg
<b>GERHARD MEYER</b>	geb. am	28.02.1925,	in	Roßwein

**In eigener Sache:** An dieser Stelle hat in den „LinksWorten“ seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren ihren Platz. Laut der neuen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei dokumentierter Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben es in unserer Zeitung umgedreht: Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden wollen, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

**jahrestage im februar 2020**

<b>04.02. 1920</b>	Das Betriebsrätegesetz wird erlassen.
<b>20.02. 1920</b>	Gründung der NSDAP
<b>24.02. 1920</b>	25-Punkte-Programm der NSDAP
<b>09.02. 1930:</b>	Paul Levi, einer der Mitbegründer der KPD, gestorben.
<b>04. - 11.02. 1945:</b>	Konferenz von Jalta
<b>13. - 15.02. 1945:</b>	Zerstörung von Dresden
<b>Ende Februar 1945:</b>	Anne Frank im KZ Bergen-Belsen gestorben.
<b>03.02. 1950:</b>	Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in der DDR konstituiert.
<b>08.02. 1950:</b>	Beschluss der Volkskammer der DDR über die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit.

<b>02.02. 1970:</b>	Bertrand Russell gestorben
<b>04.02. 1990:</b>	Der Parteivorstand der SED-PDS beschließt, dass die Partei nur noch den Namen PDS trägt.
<b>05.02. 1990:</b>	Hans Modrow bildet die „Regierung der Nationalen Verantwortung“.
<b>05.02. 1990:</b>	Die Vorsitzenden der (Ost)-CDU, der DSU und des Demokratischen Aufbruchs vereinbaren im Beisein von Bundeskanzler Kohl in Berlin (West) das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“.
<b>07.02. 1990:</b>	„Neues Forum“, „Demokratie jetzt“ und die „Initiative für Menschenrechte schließen sich zum „Bündnis 90“ zusammen.
<b>11.02. 1990:</b>	Nelson Mandela nach 27 Jahren Haft freigelassen.
<b>09.02. 2010:</b>	Das Bundesverfassungsgericht erklärt die Hartz-IV-Regelsätze für verfassungswidrig.

## terminübersicht

### januar 2020:

- 18.01. 10:00 Uhr      Regionalkonferenz zur Strategiekonferenz  
Konsumzentrale Leipzig, Industriestr. 85-95  
04229 Leipzig
- 27.01.                      Tag des Gedenkens an die Opfer des National-  
sozialismus (siehe dazu die nebenstehenden  
Informationen)

### februar 2020:

- 05.02. 18:00 Uhr      Sitzung des Kreisvorstandes  
Kreisgeschäftsstelle Freiberg Lange Straße 34
- 29.02./01.03.          Strategiekonferenz der LINKEN  
Tagungszentrum Südflügel Kulturbahnhof Kassel

## neujahrsbrief der kreisvorsitzenden marika tändler-walenta

Liebe Genossinnen und Genossen,

für das neue Jahr wünsche ich euch allen zunächst einmal alles Gute, vor allem Gesundheit. Hinter uns liegt das Superwahljahr 2019. Trotz eines guten Wahlkampfes, den wir alle zusammen geleistet haben, mussten wir fast überall eine Niederlage in den Wahlergebnissen in Kauf nehmen. Die Politik der Regierungsparteien auf Bundesebene hatte schwere Folgen für unsere Ergebnisse, sowohl bei den Kommunal- als auch bei den Landtagswahlen. Auch der immer weiterwachsende Rechtsruck, der sich durch ganz Europa zieht, hatte seine Auswirkungen darauf. Innerparteiliche Streitereien, welche durch die Medien getragen wurden, haben letztendlich den Rest dazu beigetragen. Doch das ist noch nicht das Ende, nein vielmehr war es ein Weckruf, der uns sagt: „Da muss sich etwas verändern“.

Er wurde gehört und wahrgenommen. Der Landesvorstand hat sich fast komplett neu zusammengesetzt und ich bin davon überzeugt, dass er unter der Leitung von Susanne Schaper und Stefan Hartmann gute Arbeit leisten wird. Außerdem haben wir einen neuen Kreisvorstand gewählt, der sich nun aus 14 Mitgliedern unseres Kreises zusammensetzt. Ich danke euch an dieser Stelle für euer erneutes Vertrauen, mich als Kreisvorsitzende von Mittelsachsen gewählt zu haben.

Meinen Aufgaben als Mitglied im sächsischen Landtag hoffe ich gerecht zu werden. Eine neue Herausforderung, in die ich mich mit meinem Team seit Dezember 2019 einarbeite. Erfreulich ist auch, dass wir die drei Büros in den großen Kreisstädten der Altlandkreise weiter erhalten können und diese regelmäßig betreut werden.

### Doch wie geht es nun weiter?

Wir haben 2020 in Mittelsachsen ein fast wahlfreies Jahr, welches ich gern nutzen möchte, um unsere parteilichen Strukturen zu stärken und den Bürger\*innen wieder näher zu kommen. Dazu gehört aus meiner Sicht nicht nur die Verbesserung der Kommunikation untereinander, sondern auch die Gewinnung neuer Mitglieder und eine aktive Öffentlichkeitsarbeit. Unter anderem planen wir ein Tag der (Neu-)Mitglieder für Mittelsachsen. Falls ihr dafür Ideen, Vorschläge oder Wünsche habt dann teilt mir diese bitte mit. Der Bevölkerung muss gezeigt werden, dass wir noch da sind. Deshalb halte ich es für wichtig, dass wir auch außerhalb von Wahlkämpfen Infostände oder auch andere öffentlichkeitswirksame Aktionen organisieren, bei denen ich und mein Team euch gern unterstützen. Ich möchte regelmäßig Vereine besuchen, mich vorstellen und mich derer Probleme annehmen. Über eure Unterstützung und Zuarbeit würde ich mich dabei sehr freuen. Selbstverständlich werden wir auch die kommenden Bürgermeisterwahlen, z.B. in Penig, unterstützen.

Liebe Genossinnen und Genossen, vor uns liegt ein Jahr in dem wir viel aufholen können und auch aufholen werden. Daher wünsche ich uns allen viel Kraft und Durchhaltevermögen. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit und einen regen Austausch und hoffe auf gutes Gelingen für das neue Jahrzehnt, in dem wir Mittelsachsen weltoffener, sozialer und ökologischer gestalten werden!

Mit solidarischen Grüßen

MARIKA TÄNDLER-WALENTA

## Unsere neuen Bürozeiten

**Kreisgeschäftsstelle Freiberg** Lange Straße 34 (**RUTH FRITZSCHE, BRIGITTE HÜBLER, HANS WEISKE**)

Montag, Dienstag und Donnerstag jeweils 14 bis 17 Uhr

**Bürgerbüro Döbeln** Bahnhofstraße 1a (**KATI VOIGT**)

Dienstag 10 bis 18 Uhr, Mittwoch und Donnerstag jeweils 10 bis 15 Uhr

**Bürgerbüro Mittweida** Weberstraße 8 (**EYK FECHNER**)

Montag 15 bis 20 Uhr, Donnerstag 10 bis 15 Uhr



Zwei Monate nach dem Ausbruch der Revolution und der Ausrufung der Republik am 9. November 1918 und dem damit verbundenen Ende des deutschen Kaiserreiches wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar 1919 von konterrevolutionären Reichswehreinheiten ermordet.

Der **Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus** am 27. Januar ist in Deutschland seit 1996 ein bundesweiter, gesetzlich verankerter Gedenktag. Er ist als Jahrestag bezogen auf den 27. Januar 1945, den Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau und der beiden anderen Konzentrationslager Auschwitz durch die Rote Armee im letzten Jahr des Zweiten Weltkriegs. Zum **Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust** wurde der 27. Januar von den Vereinten Nationen im Jahr 2005 erklärt. (zitiert aus „Wikipedia“)

Auch in Mittelsachsen finden an diesem Tag eine Vielzahl von Veranstaltungen statt, meistens initiiert von den Ortsverbänden der LINKEN.

- In Flöha ruft Oberbürgermeister Volker Holuscha (DIE LINKE) die Bürger der Stadt zum Gedenken auf
- In Dittersbach findet im Beisein des Neuhausener Bürgermeisters Peter Haustein das Gedenken für den Todesmarsch der KZ-Häftlinge aus Neustassfurt statt.
- In Oederan trifft man sich mit Bürgermeister Steffen Schneider (freie Wähler) an der Grabstelle für drei jüdische Frauen, die als KZ-Häftlinge 1944 von SS-Männern ermordet wurden.
- Weitere Gedenkveranstaltungen finden u.a. in Augustusburg, Döbeln und Niederwiesa statt.

## Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen

ERIKA BUSCH

FERDINAND SCHNEIDER

HELGA KLAUS

LUISE MATTHES

DÖBELN

DÖBELN

FREIBERG

BRAND-ERBISDORF

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.